

Medienkonferenz zum Budget 2009

(inkl. Investitionsprogramm 2009 und Jahresprogramm 2009)

Mittwoch, 17. September 2008, 10.00 Uhr, FKD, Grosses Sitzungszimmer Parterre

Referat von Regierungspräsident Adrian Ballmer

Begrüssung und Vorstellung der Teilnehmenden der FKD

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien der Region

Vor einem Jahr haben wir Ihnen hier das Budget 2008 mit einer "schwarzen Null", einem Ertragsüberschuss von 3.9 Mio. Franken, präsentieren können. Heute legen wir Ihnen **eine "rosa Null"** vor, einen Aufwandüberschuss von 3.2 Mio. Franken. Mit dem Wechsel von schwarz auf rosa ist keine Verschlechterung beim Baselbieter Staatshaushalt verbunden. Im Gegenteil: Der Kanton Basel-Landschaft investiert im kommenden Jahr in der **Rekordhöhe von 339 Mio. Franken** in seine Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie in die Nachhaltigkeit. Ich komme im weiteren Verlauf meines Referats noch im Detail auf die Investitionen zu sprechen.

Zwar müsste das Budget 2009 in Anbetracht der nach wie vor **guten Wirtschaftslage** eigentlich einen Überschuss ausweisen. Doch das tut es vor allem aus zwei Gründen nicht: Zum einen ist aufgrund der **Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer** eine weitere Steuerreduktion im Umfang von 5 Mio. Franken enthalten. Vor allem verhindert aber ein **Teuerungsschub** den Budgetausgleich - der Teuerungsschub erhöht den Personalaufwand um 42 Mio. Franken.

Das praktisch ausgeglichene Budget 2009 erfüllt die Vorgaben der **Defizitbremse**, die auf den 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt worden ist. Es trägt zur weiteren Konsolidierung des Baselbieter Finanzhaushaltes und zum mittelfristigen Haushaltsausgleich bei. Der Regierungsrat unterstreicht mit dem Budget 2009 seine nachhaltige Finanzpolitik.

A Die Gesamtübersicht

Mit einem Aufwandüberschuss von 3.2 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2009 legt der Regierungsrat erneut **ein praktisch ausgeglichenes Budget** vor (Folie 2). Das gute Ergebnis ist nicht zuletzt auf die grosse **Budgetdisziplin** aller Organisationseinheiten zurückzuführen. Das Budget 2009 zeigt, dass die in den beiden vergangenen Jahren umgesetzten **Steuerreformen** (steuerliche Entlastung von Familien und tiefen Einkommen per 1. Januar 2007 und Unternehmenssteuerreform per 1. Januar 2008) **verkräftbar** sind. Im Jahr 2009 soll eine weitere Steuerreform umgesetzt werden: Mit einer Milderung der Steuerbelastung bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer will der Regierungsrat die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Wirtschaftsstandort und Wohnort weiter erhöhen.

Der laufende **Aufwand** wächst mit 2.1 Prozent oder 57.1 Mio. Franken deutlich langsamer als die Wirtschaft. Beim Aufwand wird ein beachtlicher **Teuerungsschub** bewältigt. Die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons steigen aufgrund der **starken Zunahme der Investitionsausgaben** leicht stärker als das Volkseinkommen, was sich in einer moderaten Zunahme der Staatsquote um 0.2 Prozentpunkte niederschlägt. Diese Erhöhung der Staatsquote ist unproblematisch, da sie ausschliesslich auf die hohen Investitionsausgaben zurückzuführen ist und nicht etwa auf einen

gesteigerten staatlichen Konsum. Der laufende **Ertrag** nimmt gegenüber dem Budget des Vorjahres um 1.8 Prozent oder 50.0 Mio. Franken zu.

In der Investitionsrechnung steigen die **Nettoinvestitionen** gegenüber dem Vorjahresbudget um 21.6 Prozent oder 28.0 Mio. Franken auf **157.9 Mio. Franken** an. Dieser Anstieg ist das Ergebnis aus den absolut stark zunehmenden **Investitionsausgaben** (um 31.3 Prozent oder 70.7 Mio. Franken) und den absolut etwas weniger stark wachsenden **Investitionseinnahmen** (um 44.4 Prozent oder 42.7 Mio. Franken).

Das Defizit der Laufenden Rechnung führt zu einer gegenüber dem Vorjahresbudget tieferen **Selbstfinanzierung von 94.6 Mio. Franken**; die Abnahme beträgt 6.1 Prozent oder 6.1 Mio. Franken. Im Budget 2009 resultiert ein **Finanzierungssaldo von -63.3 Mio. Franken**, der zu einer entsprechenden Neuverschuldung führt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz¹ liegt dieser Wert im Rahmen, in welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann. Es ist aber absehbar, dass der aufgrund der Neuverschuldung zusätzliche Kapitalbedarf mit eigenen Mitteln abgedeckt werden kann.

Die im Jahr 2009 fälligen Schuldscheindarlehen im Gesamtbetrag von 100 Mio. Franken werden mit eigenen Mitteln zurückbezahlt, so dass die mittel- und langfristige **Verschuldung** per Ende 2009 **um 100 Mio. Franken auf 696 Mio. Franken abgebaut** werden kann (Vorjahr: 796 Mio. Franken). Damit wird der Schuldenabbau konsequent fortgesetzt. Das **Eigenkapital** wird gemäss dem Budget per Ende 2009 209 Mio. Franken betragen (Vorjahr: 212 Mio. Franken).

¹ § 35 Absatz 1 Buchstabe f.

Die höheren Nettoinvestitionen führen zu einem im Vorjahresvergleich tieferen **Selbstfinanzierungsgrad von 59.9 Prozent**. Die Zielgrösse, wonach der Selbstfinanzierungsgrad im mehrjährigen Durchschnitt mindestens 75 Prozent erreichen soll, wird trotzdem weiterhin erfüllt: Für die Periode 2006 - 2009 beträgt der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades rund 100 Prozent.

B Die Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das **Rechnungsjahr 2007** mit einem Überschuss von 16 Mio. Franken abgeschlossen. Nur 13 der 86 Baselbieter Gemeinden mussten einen Aufwandüberschuss ausweisen. Der Aufwand aller Baselbieter Einwohnergemeinden belief sich im Jahr 2007 auf 1.1 Mrd. Franken, wobei der steuerfinanzierte Bereich erstmals die Milliardengrenze knapp überschritt. Die Selbstfinanzierung nahm leicht auf 107 Mio. Franken ab und übertraf die Nettoinvestitionen (82 Mio. Franken) um 25 Mio. Franken (Vorjahr: 26 Mio. Franken). Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden betrug per Ende 2007 1'822 Franken. Die Steuererträge der Gemeinden lagen mit 647 Mio. Franken um 3.7 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Finanzlage der meisten Einwohnergemeinden ist als gut bis sehr gut zu beurteilen. Dennoch mussten zwei Gemeinden (Dittingen und Hemmiken) trotz hohem Steuerfuss per Ende 2007 einen Bilanzfehlbetrag ausweisen.

C Die Sondereffekte im Budget 2009

C 1 Die Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Durch eine Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer soll die Steuerbelastung bei allen Betroffenen massvoll gemildert werden. Es ist vorgesehen, die Steuerklassen und die Steuerkurve soweit wie möglich zu vereinfachen und dadurch die Verständlichkeit zu erhöhen. Regelmässig auftretende Probleme bei der steuerlichen Belastung in speziellen Situationen - beispielsweise bei einem langjährigen Konkubinat ohne Eintragung der Partnerschaft - mussten bisher immer im Einzelfall gelöst werden. Sie sollen nun einer gesetzlich geregelten allgemeinen Lösung zugeführt werden. In der Vernehmlassungsvorlage ist ein jährlicher finanzieller Ausfall von knapp 10 Mio. Franken ausgewiesen. Im Budget 2009 wird von einer Inkraftsetzung der Revision per Mitte 2009 und einem Ertragsausfall von 5 Mio. Franken ausgegangen.

C 2 Der Ressourcenausgleich im Rahmen der NFA

Das Budget 2009 berücksichtigt das zweite Jahr der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche per 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist. Das eidgenössische Parlament hat die Grundbeiträge des Bundes und der ressourcenstarken Kantone für den Ressourcen- und den Lastenausgleich für die Periode 2008 - 2011 gesprochen. Auf der Basis der Vorgaben des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (FiLaG) werden die Grundbeiträge innerhalb der Vierjahresperiode jährlich angepasst.

Das Ressourcenpotenzial² 2009 basiert auf den Bemessungsjahren 2003, 2004 und 2005; es widerspiegelt somit die wirtschaftliche Situation der Kantone in den Jahren 2003 - 2005. Im Kanton Basel-Landschaft weisen in der Betrachtungsperiode alle Ressourcenkomponenten **ein über dem schweizerischen Durchschnitt liegendes Wachstum** auf, ausgenommen die Gewinne juristischer Personen ohne besonderen Steuerstatus³. Da die ressourcenstarken Kantone Zug, Zürich und Nidwalden einen noch stärkeren Zuwachs bei den Komponenten des Ressourcenpotenzials aufweisen, sinkt der **Ressourcenindex** des Kantons Basel-Landschaft aber von 103.8 im Jahr 2008 auf **102.5** (vgl. Folie 3). Dies hat eine um 5.1 Mio. Franken tiefere Ressourcenausgleichszahlung des Kantons an den Bund zur Folge (2009: 9.8 Mio. Franken, Vorjahr: 14.9 Mio. Franken). Der Kanton Basel-Landschaft ist bei der NFA also weiterhin ein **Geberkanton** ohne soziodemografischen oder geografisch-topografischen Lastenausgleich. Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Ressourcenindex des Kantons Basel-Landschaft in den kommenden Jahren wieder höher ausfallen wird. Damit wird die Ressourcenausgleichszahlung des Kantons an den Bund wieder ansteigen.

² Das Ressourcenpotenzial setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Einkommen der natürlichen Personen, quellenbesteuerte Einkommen, Vermögen der natürlichen Personen, Gewinne der juristischen Personen ohne besonderen Steuerstatus, Gewinne der juristischen Personen mit besonderem Steuerstatus und Steuerrepartitionen.

³ Dabei handelt es sich um die ordentlich besteuerten juristischen Personen. Das Gegenteil sind die privilegiert besteuerten Unternehmen: Holdinggesellschaften, Domizilgesellschaften und gemischte Gesellschaften.

D Die interkantonale Zusammenarbeit

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Basel-Landschaft mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über **90 finanzwirksame vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen**. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)
- der Rheinhafenvertrag und
- die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft findet im Rahmen einer **gemeinsamen Projektorganisation** statt. Die Basis bilden die so genannten Standards BS / BL, die im Januar 2005 von den beiden Regierungen verabschiedet wurden. Gegenwärtig finden Verhandlungen zu den folgenden sechs Dossiers statt:

- Universität: Zukünftige Grossinvestitionen
- Medizinische Dienstleistungen (wie Kompetenzzentrum Geriatrie)
- Kultur
- St. Jakob (Verkehrsmanagement)
- Zusammenlegung von Dienststellen (Handbuch; wie kantonale Labors) und
- Leistungseinkauf.

Der Kanton Basel-Landschaft wendet im Jahr 2009 rund **8.9 Prozent des laufenden Aufwands** für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden (netto), oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben auf (vgl. Folie 4). Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen die Abgeltungen und Beiträge um 1.8 Mio. Franken auf **246 Mio. Franken** ab. Dieser Rückgang ist fast ausschliesslich auf den Wegfall des Beitrags an den Sicherheitsaufwand der Euro 2008 zurückzuführen.

Bei den **Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben** sind 27.7 Mio. Franken für den Neubau des UKBB und 0.5 Mio. Franken für die Universität Basel (Neubau Schällemätteli und Neubau Volta) eingeplant.

Die Zahlungen des Kantons Basel-Landschaft an zentralörtliche Leistungen des Kantons Basel-Stadt sind auf der **Folie 5** grafisch dargestellt. Man sieht deutlich, wie die **Zahlungen stetig steigen**. In der Basler Zeitung (BaZ) vom 12. September 2008 stand auf der ersten Seite, Finanzdirektorin Eva Herzog habe weitere Steuersenkungen in Basel-Stadt ausgeschlossen, "**solange sich das Umland nicht an den Zentrumsleistungen beteilige**". Auf meine Rückfrage an Eva Herzog, ob ich die Baselbieter Beteiligungen an den Basler Zentrumsleistungen aus unserem Budget streichen könne,

meinte sie energisch: "**DAS habe ich natürlich nicht so gesagt**"! Also liebe BaZ, das Baselbieter Umland beteiligt sich sehr wohl an den Zentrumsleistungen!

E Die Investitionen

Für die Wirtschaft und das Gewerbe massgebend sind die **Bruttoinvestitionen** zusammen mit den **Beiträgen an Investitionen Dritter**, die so genannten **Investitionen im weiteren Sinne** (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter) (vgl. Folie 6). Die in der Laufenden Rechnung 2009 verbuchten Beiträge an Investitionen Dritter bewegen sich mit **42.0 Mio. Franken** praktisch auf dem Niveau des Vorjahres. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen in der Höhe von **296.7 Mio. Franken** aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne damit auf **338.7 Mio. Franken**. Gegenüber dem Budget des Vorjahres bedeutet dies eine **deutliche Zunahme** von 26.1 Prozent oder 70.2 Mio. Franken. Der Kanton Basel-Landschaft investiert im kommenden Jahr also kräftig in seine Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie in die Nachhaltigkeit.

Zu den Investitionen in Rekordhöhe mache ich folgende **Anmerkungen**: In der zweiten Hälfte der 90er Jahre bis zum Jahr 2005 verfolgte der Regierungsrat die Praxis, die Nettoinvestitionen auf dem Niveau von etwa 150 Mio. Franken zu **verstetigen** (vgl. Folie 6). Dann wurden die Beiträge an Investitionen Dritter von der Investitionsrechnung in die Laufende Rechnung verschoben. In der Folge gingen die Nettoinvestitionen im Jahr 2006 auf unter 100 Mio. Franken zurück. Die neue Praxis des Regierungsrates besteht darin, die Nettoinvestitionen **und** die Beiträge an Investitionen Drit-

ter schrittweise auf das Niveau von **200 Mio. Franken** anzuheben. Dies in erster Linie aus drei Gründen:

1. Wir haben seit Jahren einen massiven Überhang an Investitionsprojekten. Durch wichtige Bildungs- und Gesundheitsinvestitionen, welche in Angriff genommen werden müssen, hat sich der Druck noch verschärft. Dieser Nachfrage trägt der Regierungsrat angemessen Rechnung.
2. Bei einer Verstetigung der Nettoinvestitionen nimmt der Investitionsplafonds real ab, wenn die Bauteuerung nicht periodisch ausgeglichen wird.
3. Der interkantonale Vergleich zeigt, dass der Kanton Basel-Landschaft (Kanton und Gemeinden) **relativ tiefe Pro-Kopf-Investitionsausgaben** aufweist (vgl. Folie 7). Immerhin ist dabei aber zu berücksichtigen, dass das Niveau der Infrastrukturanlagen im Kanton Basel-Landschaft bereits relativ hoch ist.

Bei den **Bruttoinvestitionen** (Investitionsausgaben) ist eine Zunahme von 31.3 Prozent oder 70.7 Mio. Franken auf **296.7 Mio. Franken** budgetiert (vgl. Folie 8). Diese Zunahme ist vor allem durch den Beginn des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz, durch eine höhere Tranche beim Bau der H2, durch die Inangriffnahme der Tunnelsicherheit beim Tunnel Eggflue und durch Instandhaltungsprojekte des Kantonsspitals Liestal bedingt.

Auch die **Investitionseinnahmen** nehmen zu und zwar auf **138.8 Mio. Franken**. Da diese Zunahme absolut mit 42.7 Mio. Franken (44.4 Prozent) geringer ausfällt als diejenige bei den Investitionsausgaben, steigen die **Nettoinvestitionen** um 21.6 Prozent oder 28.0 Mio. Franken auf ein Niveau von **157.9 Mio. Franken** an.

Im Investitionsbudget 2009 sind folgende **spezialfinanzierten Projekte** enthalten:

- H2 Pratteln - Liestal: Tranche 2009: 60 Mio. Franken spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuer-Rabattes;
- Neubau UKBB: Tranche 2009: 27.7 Mio. Franken spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung;
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2009: 25.6 Mio. Franken spezialfinanziert aus dem Fonds Campus FHNW / Uni;
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2009: 15 Mio. Franken spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung des Kantonsspitals Bruderholz.

Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch Investitionseinnahmen gedeckt sind.

*Finanzverwalterin **Yvonne Reichlin** wird Ihnen nun in Ihrem Referat die Details zum Budget 2009 präsentieren.*

Teil 2: Die politische Würdigung des Budgets 2009

Wie präsentieren sich die Aussichten? Schauen wir dazu zuerst den **Finanzplan 2009 - 2012** und anschliessend das **Investitionsprogramm 2010 - 2018** näher an.

Der **Finanzplan** ist ein mehrjähriges Planungsinstrument und wird jährlich überarbeitet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt. Der Finanzplan basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung bereits sichergestellt wäre. Im Rahmen des jeweiligen Budgetprozesses findet eine Präzisierung der Vorhaben und eine Überprüfung der Finanzierbarkeit statt. Die Vorhaben unterliegen einem Priorisierungsprozess: Notwendige Projekte bleiben im Budget, wünschbare Projekte werden auf später verschoben. Dieser Prozess führt dazu, dass die Prognosen für ein bestimmtes Finanzplanjahr immer schlechter sind als das entsprechende Budget. Der Finanzplan hat somit nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "Wenn-Dann"-Planung, die auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und deren finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.

Der vorliegende **Finanzplan 2009 - 2012** (vgl. Folie 15) basiert auf dem Budget 2009 und auf der Annahme einer weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung (BIP real 1.9 resp. 2.0 Prozent) und einer gegenüber dem Budgetjahr 2009 leicht abgeschwächten Entwicklung bei der Teuerung (1.3

Prozent statt 1.6 Prozent). Im Finanzplan sind zudem folgende wichtigen Prognosen und Entwicklungen berücksichtigt:

- Beim **Personalaufwand** sind die Kosten des Teuerungsausgleichs von kumulativ 69 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 berücksichtigt. Im Finanzplan ist kein Stellenausbau vorgesehen.
- Bei den **Steuern** wird in der Finanzplanperiode ein kumuliertes Wachstum von 127 Mio. Franken prognostiziert. Im Finanzplan sind die Ertragsausfälle folgender Steuerreformen berücksichtigt: Ab 2010: Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer: - 5 Mio. Franken; ab 2010: Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II des Bundes: - 10 Mio. Franken; ab 2011: Revision der Vermögenssteuer: - 30 Mio. Franken. Beim Anteil an der direkten Bundessteuer wird ein kumulierter Anstieg von 8 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 prognostiziert.
- Im **Sozialbereich** (Ergänzungsleistungen zu AHV / IV (netto), Prämienerbilligung (netto)) werden Mehraufwendungen im Umfang von 14 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 erwartet. Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) wird ab 2012 zu einer Mehrbelastung von 40 Mio. Franken führen.
- Im Finanzplan ist ferner eine kumulierte Mehrbelastung für die **Verbesserung des öffentlichen Verkehrs** im Rahmen des 6. Leistungsauftrags von 11.3 Mio. Franken bis ins Jahr 2012 eingestellt. Für die Beiträge an **die Universität und an die Fachhochschule Nordwestschweiz** wird von einer Erhöhung von 4.0 Mio. Franken resp. 4.5 Mio. Franken bis im Jahr 2012 ausgegangen.
- Bei den **Beiträgen an Investitionen Dritter** berücksichtigt der Finanzplan die aktuell bekannten Vorhaben mit folgendem Mehraufwand gegenüber dem Budget 2009: 2010: ca. 5 Mio. Franken; 2011: ca. 35 Mio. Franken; 2012: ca. 20 Mio. Franken.

- Folgende **grossen Vorhaben** sind im Finanzplan enthalten (Liste nicht abschliessend): das ERP-Projekt, die Verbesserung des Informatik-Ausbaustandards und die Einführung Fremdsprachen an den Primarschulen.
- Aus der **Generellen Aufgabenüberprüfung** bestehen noch zwei Restanzen. Bei der Neustrukturierung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der fallorientierten Abgeltung in den Spitälern wird mit 3.0 Mio. Franken ab dem Jahr 2012 berücksichtigt.

Neben dem Finanzplan spielt beim Blick in die Zukunft auch das Investitionsprogramm eine wichtige Rolle. Das **Investitionsprogramm** wird mit einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und prognostiziert die Investitionen über eine Periode von 10 Jahren. Beim Investitionsprogramm handelt es sich wie beim Finanzplan um ein Planungsinstrument, dessen Vorhaben noch nicht priorisiert bzw. posteriorisiert sind.

Im kantonseigenen Bereich zeichnen sich folgende **grossen Bauvorhaben** ab:

- Bei den Sekundarschulbauten werden Instandsetzungsarbeiten und kleinere Investitionen ab 2011 jährlich mit 9.2 Mio. Franken zu Buche schlagen. Ab 2012 sind Neu- und Umbauten vorgesehen (Gesamtvolumen: 100 Mio. Franken);
- FHNW, Muttenz, HLS: Gesamtvolumen: 100 Mio. Franken (ab 2010);
- FHNW, Muttenz PH / HSA: Gesamtvolumen: 140 Mio. Franken (ab 2010);

- Neubau Verwaltungsgebäude Liestal: Gesamtvolumen: 60 Mio. Franken (ab 2010);
- Der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz beläuft sich inkl. Geriatriezentrum auf rund 546 Mio. Franken, wobei das Geriatriezentrum zu 50 Prozent, d.h. mit 80 Mio. Franken, durch den Kanton Basel-Stadt mitgetragen werden soll. Die Vorfinanzierungen im Umfang von 240 Mio. Franken reichen nicht aus, um den ganzen Neubau zu finanzieren.
- H2, Gesamtkonzept Umfahrung Liestal: Gesamtvolumen: 160 Mio. Franken (ab 2012);
- Salina Raurica, Rheinstrasse: Gesamtvolumen: 44 Mio. Franken (ab 2011);
- Für den Ausbau und den Erhalt der ARA F3 sind Gesamtausgaben in der Höhe von 31 Mio. Franken im Investitionsprogramm vorgesehen.

Das Investitionsprogramm zeigt ferner, dass die Finanzierung der grossen **Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Universität Basel** in den kommenden Jahren eine gewaltige Herausforderung darstellt. Für alle Baukosten der Universität Basel kommt der Kanton Basel-Landschaft jeweils für die Hälfte des Nettobetrags auf, für die andere Hälfte kommt der Kanton Basel-Stadt auf. Für die Jahre 2008 - 2022 sind folgende Bauvorhaben geplant:

Zeitspanne	Gesamtinvestitionen	Anteil Basel-Landschaft
2008 - 2012	37.0 Mio. Fr.	18.5 Mio. Fr.
2013 - 2017	552.0 Mio. Fr.	276.0 Mio. Fr.
2018 - 2022	247.5 Mio. Fr.	123.75 Mio. Fr.
2008 - 2022 Total	836.5 Mio. Fr.	418.25 Mio. Fr.

Es handelt sich dabei um folgende Bauvorhaben:

- Schällemätteli: Neubau Spitalstrasse 41;
- Volta: Neubau Anteil Universität;
- Petersgraben 52 (Umbau Gewerbeschule, Erweiterungsbau Ve-
salgasse);
- Juristische Fakultät (Verlegung vom Jakob Burckhardt-Haus an
neuen Standort);
- Wirtschaftswissenschaften (Verlegung vom Jakob Burckhardt-
Haus an neuen Standort);
- Uni-Bibliothek (Neubau Spalengraben).

Ich komme zum **Fazit**: Der **Finanzplan** zeigt auf, dass sich im Finanzhaus-
halt in den kommenden Jahren eine **markante Anspannung** abzeichnet.
Ab 2011 steigen die Defizite - bei unbeeinflusster Entwicklung - in die Grös-
senordnung von rund 80 Mio. Franken. Dabei schlagen die geplanten Steu-
erreformprojekte mit kumuliert 45 Mio. Franken Ertragsausfall sowie die
Mehrbelastung durch die 2. KVG-Revision mit 40 Mio. Franken im Jahr
2012 zu Buche. Das **Investitionsprogramm** verdeutlicht die **enormen**
Herausforderungen bei den grossen Bauvorhaben. Im Hinblick auf die-

se Entwicklungen ist es notwendig, dass das Wünschbare in Zukunft noch entschiedener als bisher vom Notwendigen unterschieden wird.

Der Regierungsrat ist gewillt und genötigt, die **Ausgabendisziplin aufrechtzuerhalten** und die **Übernahme von neuen Aufgaben sorgfältig zu prüfen**. Die Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen. Bei der Investitionsplanung werden wir nicht um eine **Verzichtsplanung** herum kommen.

Wie bereits erwähnt, haben wir einen erheblichen Überhang an Investitionsprojekten (vgl. Folie 16). **Nicht alles Wünschbare ist auch finanzierbar**. Der Regierungsrat wird die Investitionsvorhaben strikt nach den Kriterien:

1. **Nachhaltigkeit** (Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur und Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge),
2. **Erhöhung der Standortattraktivität,**
3. **betriebswirtschaftlicher Nutzen** und
4. **Infrastruktur für die kantonale Verwaltung**

priorisieren.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die aktuellen **Wirtschaftsprognosen mit grossen Unsicherheiten** verbunden sind. Sollte sich die Wirtschaftslage in der Schweiz schlechter als prognostiziert entwickeln, verstärkt sich die Anspannung im Finanzplan. Und schliesslich ist sich der Regierungsrat auch bewusst, dass zur Zeit bei weitem **nicht alle Risiken** - zum Beispiel bei den Altlasten und Deponien - **mit Rückstellungen gedeckt** sind.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die **Rechnung 2008** mit einem Saldo der Laufenden Rechnung von **68 Mio. Franken** abschliessen. Der erwartete Saldo liegt somit um 64 Mio. Franken über dem budgetierten Ertragsüberschuss von 4 Mio. Franken. Für diese Entwicklung hauptverantwortlich sind deutlich über den Budgeterwartungen liegende Steuererträge.

Das Budget 2009 ist vernünftig. Das gilt auch mit der geplanten Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer und dem starken Teuerungsschub. Die weiteren Aussichten sind nicht schlecht; es kündigen sich aber eine ganze Reihe von gewaltigen Herausforderungen an: im Finanzplan, im Investitionsprogramm und im (Steuer-)Wettbewerb mit den anderen Kantonen. **Es gilt also nüchtern zu bleiben!**

Soweit unsere Ausführungen zum Budget 2009. Für ergänzende Auskünfte und Fragen stehen wir Ihnen nun gerne zur Verfügung.